



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 3. März 1879.

Nr. 104.

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 1. März

Präsident von Forderbed eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr vor ziemlich schwach besetztem Hause.

Das Haus tritt sofort in die Tages-Ordnung ein.

I. Interpellation der Abg. Thilenius und Ben.

Wird die Reichsregierung dem Reichstage Mittheilung machen: 1) über die gegenwärtige Verbreitung der Pest? 2) über die bisher ergriffenen und etwa noch zu ergreifenden Maßnahmen zur Verhütung einer Einschleppung der Seuche nach Deutschland?

Der Reichskanzleramtspräsident Hofmann erklärt sich sofort zur Beantwortung bereit.

Der Interpellant Abg. Dr. Thilenius erhält das Wort zur Begründung der Interpellation und bemerkt gleich zu Anfang seiner Rede, daß er nicht eine akademische Erörterung über die Pest geben wolle, sondern nur zur Beruhigung des Landes dieselbe zur Sprache bringen möchte. Die Brutstätte der Pest ist da zu suchen, wo faulende Organismen die Luft verderben, und wo Schmutz und mangelhafte Ernährung die Landesbewohner für Krankheiten prädisponirt. Der Geh. Rath Hirsch hat schon im Jahre 1876 genaue Forschungen über die russische Pest veröffentlicht und ihr Entstehen und ihr Wachsen eingehend beobachtet. Danach ist es doch nicht ausgeschlossen, daß auch die Nachbarländer gefährdet sind.

Professor Birchow stellt die Hauptgefahr in der russischen Armee, und würde die größte Verbreitung haben, wenn man die Gewissheit hätte, daß dieselbe bisher von Infekten sich erziehen habe. Doch in Bezug der ergriffenen Maßregeln schon so viel zu hören, daß wir vor der Hand nichts zu fürchten haben. Aber es ist gerathen, überhaupt Mittel zu finden, welche der immer sich wiederholenden Gefahr vorzubeugen im Stande sind, und hierbei wäre an eine internationale Seuchenkommission und an eine ständige Deputation im Reichsgesundheitsamte zu denken.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Die russische Regierung hat Alles gethan, um die Pest auf ihren ursprünglichen Heerd zu beschränken. Bis jetzt ist kein Fall von Pest außerhalb des Kordons konstatiert. Der bekannte Fall in Petersburg ist durchaus unerwiesen. Die offizielle Untersuchung hat ergeben, daß es nicht ein Pestfall gewesen sei. Die Reichsregierung muß indeß auch die erste Diagnose immerhin als möglich annehmen. Der Telegraph hat aber schon sehr oft solche Alarmnachrichten gebracht. Aus derartigen Nachrichten erwächst der Verantwortlichkeit der Regierung eine eminent schwierige Situation. Wir müssen Alles thun, um die Gefahr zu vermeiden, aber wir dürfen auch nicht Verbrechensvorwürfe herbeiführen durch unnütziges Koronens auf Grund von Alarmnachrichten. Was den zweiten Punkt betrifft, so ist bekannt, daß nach gemeinsamen Beratungen mit Oesterreich-Ungarn eine Kommission nach Ausland gesandt wurde. Es sind dann Quarantänemaßregeln getroffen worden an den Grenzen und weitere Maßregeln, ein militärischer Kordon, in Aussicht genommen, wenn die Kommission dies für nöthig befände. Die Kommission ist zusammen mit der österreichischen nach Astrachan gereist. Am 22. d. ist Nachricht vom Herrn Geh. Rath Hirsch gekommen, daß die Kommission gedächte, nach 10tägiger Quarantäne in das Pestgebiet einzudringen, so daß sie vielleicht jetzt in Astrachan selbst ist. Sollte nun der Pestfall in Petersburg auf Unwahrheit beruhen — was als sicher gilt — so ist Alles gethan, was die Pest auf ihren Heerd beschränkt. Nichtsdestoweniger ist die Regierung sich ihrer Verantwortung vollständig bewußt, und wird ihre Pflicht erfüllen. (Lebhaftes Bravo.)

Auf den Antrag des Abg. Dr. Mendel wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Mendel: Wenn das Publikum unnöthiger Weise alarmirt worden, so treffe die Schuld hierfür die widersprechenden offiziellen Nachrichten. Man müsse trotz der beruhigenden Petersburger Nachrichten die Angelegenheit scharf im Auge behalten. Vom Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts aber möchte er sich Auskunft darüber erbitten, welche Maßregeln die russische Regierung getroffen, um eine Einschleppung der Seuche durch die vom türkisch-

russischen Kriegsschauplatz heimkehrenden Truppen zu verhindern. Redner verlangt sodann Einführung einer obligatorischen Leichenschau in unseren Grenzdistrikten, die allein im Stande sei, uns vor Gefahren zu bewahren.

Staatsminister Hofmann erwidert, daß man nicht bezweifeln dürfe, daß die russische Regierung bezw. die Sanitätsbeamten der russischen Armee alle diejenigen Vorsichtsmaßregeln anordnen werden, welche geeignet seien, die Einschleppung der Seuche nach den nicht infizirten Landestheilen zu verhindern.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

II. Fortsetzung der ersten Berathung des Etats.

Abg. Dr. Reichensperger (Krefeld) wendet sich zunächst gegen einige Ausführungen des Abg. Richter in Bezug auf die direkten Steuern. Die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer sei für ihn der Probstein gewesen; damit sei für ihn die direkte Steuer gerichtet. Er glaube, selbst Herr Dr. Löwe werde jetzt anderer Meinung geworden sein. Insofern allerdings theile er (Redner) die Ansicht dieser Herren, daß man neben den bestehenden Steuern nicht noch neue direkte oder indirekte Steuern einführen dürfe. Was die Matrifularbeiträge anlangt, so betrachte man dieselben anscheinend als Sturmbaum zur Durchführung anderer Pläne, denn von keiner Seite sei bisher auch nur der Versuch gemacht worden, um eine gerechtere Vertheilung derselben herbeizuführen, sie einigermaßen erträglich zu machen. Er halte die Matrifularbeiträge für eine Schutzwehr gegen die Centralisation; sie seien dazu da, den Föderalismus zu stärken, auf welchem das deutsche Reich verfassungsmäßig aufgebaut ist. — Die Entlastung der Bürger von den gegenwärtigen Steuerlasten müsse nach den verschiedensten Seiten hin zur Durchführung gebracht werden, im Reich, im Staat und in der Kommune; eine Abwälzung der Lasten von der einen nach der andern Seite hin sei keine Erleichterung. So lange indess an eine Herabminderung des Armeebudgets nicht herangetreten werde, so lange sei an eine Steuerentlastung nicht zu denken. Man sollte nicht immer von der Opferfähigkeit sprechen, sondern auch auf die Opferbereitschaft einige Rücksicht nehmen. Man zahle eben in Deutschland Steuern, weil man sie zahlen muß. Der Kulturkampf mache die schweren Lasten, welche auf dem Volke ruhen, doppelt schwer; deshalb richte er die dringende Bitte an das Haus, Deutschland vor Allem auch von diesem Druck zu befreien.

Bundeskommissar Geh. Rath Huber giebt mit Bezug auf eine Aeußerung des Abg. Richter in der gestrigen Sitzung einige Erläuterungen zu den Einnahmen aus der Rübenzucker- und Branntweinsteuer.

Abg. Ricker erklärt sich zunächst mit dem Antrage Nieper wegen Verweisung des Etats der Post- und Telegraphen-Verwaltung an eine besondere Kommission einverstanden. Mit dem Vorredner theile er den Wunsch auf Befestigung des Kulturkampfes, aber er könne dazu nichts beitragen; dazu sei der Vorredner vielleicht noch eher im Stande. Was den Militäretat anlangt, so sei derselbe geradezu monoton, langweilig; er wünsche aber, ihn noch recht viele Jahre so zu sehen. Für eine gemeinsame Abrüstung der europäischen Armeen würde er sich ebenfalls erwärmen können, er müsse die Anregung dazu aber dem Herrn Reichskanzler überlassen. Der gegenwärtige Augenblick scheine ihm wenig geeignet dazu zu sein. Man dürfe deshalb dem Volke nicht Aussicht machen, die man nicht verwirklichen könne. Er freue sich, daß alle Redner darin übereinstimmen, daß man im Extraordinarium alles Ueberflüssige beseitigen müsse, um wenigstens hier Ersparnisse herbeizuführen; er hoffe, daß die Kommission sich dieser Aufgabe mit großer Sorgfalt unterziehen werde. In Bezug auf den Reichs-Invalidentfonds hofft Redner, daß die Regierung dafür Sorge tragen werde, den gegenwärtigen sicheren Zinsenertrag diesem Fonds zu erhalten. Im Widerspruch zum Abg. von Minnigerode hält Redner unsere Finanzlage noch immer für eine solche, daß man darauf stolz sein könne. Haben wir auch keine Reserven, so habe man den Invalidentfonds und den Kriegsschatz und unsere Finanzlage beruhe überhaupt auf so gesunden Grundlagen, daß sich jeder Staat glücklich schätzen würde, wenn er sich in ähnlicher Lage befände. Die konservative Partei thue das Möglichste, um den Verfall der direkten Steuer her-

abzusetzen. Seine Partei habe ja die Regierung alljährlich aufgefordert, mit einem Steuerreformplan vorzugehen. Aber aus der Finanznoth eines Jahres könne man doch nicht die Nothwendigkeit einer Steuererhöhung herleiten. Steuervorlagen zu machen, sei Aufgabe der Regierung, der Reichstag habe nur eine Kritik an dieselben zu legen. Herrn Lucius gratulire er zu den Ansichten über die beabsichtigte Steuerreform. Auf dem Boden, den Herr Lucius eingenommen, lasse sich eine Einigung herbeiführen. Die preussische Steuerverfassung sei trotz ihrer Fehler die respektabelste der Welt und andere Länder suchen derselben nachzuahmen. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir jetzt die Früchte aus derselben vernichten wollten. Seine Partei sei gerne bereit, für eine mächtige Erhöhung der indirekten Steuern einzutreten; aber die Behauptung, daß die direkten Steuern so überaus drückend geworden, sei unbegründet. Drückend seien nur die kommunalen Abgaben. Die Finanzlage des Staates und auch der Kommune lediglich auf indirekte Steuer zu gründen, wäre ein verhängnisvoller Fehler. In guten glücklichen Zeiten würde man Ueberflüsse haben und in Zeiten der Noth würde man wieder zu den zuverlässigeren direkten Steuern greifen müssen. Man möge auf diesem Wege nicht zu weit gehen, sondern durch ein gegenseitiges Entgegenkommen eine Vereinigung zu erreichen suchen.

Abg. v. Kardorff erkennt an, daß der Druck der Steuerlast in den Kommunen liegt. Man müsse deshalb den Versuch machen, einen Theil der indirekten Steuern nutzbar zu machen für die Kommunen. Für die Wiedereinführung der Mahl- und Schlachtsteuer in den Kommunen würde auch er nicht seine Hand bieten, aber nichtsoebeniger beizuhelfen, daß die Erhaltung der öffentlichen Verwaltung durch diese Steuern eine unumgängliche war. Eine Erhöhung der indirekten Steuern um 25 Prozent würde sich daher keineswegs so fühlbar machen, als dies bei den direkten Steuern der Fall sein würde. Darüber könne heute ein Zweifel nicht obwalten, daß unsere wirtschaftlichen Zustände keine normalen seien. Wenn gesagt worden, ähnliche Zustände beständen in der ganzen Welt, namentlich aber in Amerika, so bestreite er, daß die Ursachen der Krisis in Amerika die gleichen seien, wie hier, sie seien zum Theil gegensätzliche, und seine persönliche Meinung gehe dahin, daß die Krisis in Amerika innerhalb eines Jahres beseitigt sein werde, während sie bei uns nur durch Aenderung unseres Zoll- und Wirtschaftssystems gehoben werden könne. Redner geht sodann sehr ausführlich auf die Frage des Schutz- und Freihandelsystems ein und kommt zu dem Schluß, daß der wirtschaftlichen Reform ein sehr viel größerer Werth beizumessen, als der finanziellen Reform und hoffe er, daß sich über diese wohl eine Einigung werde herbeiführen lassen.

Abg. Dr. Bamberg ist der Meinung, daß Niemand die Ansicht vertreten werde, Deutschland hätte sich im Jahre 1865 von dem System der Handelsverträge losgerissen und sich in Europa isolirt sollen. Ein Blick in den Tarif von 1865 belehre uns, wie vorthellhaft es für uns gewesen, daß Deutschland sich damals der allgemeinen Strömung in Europa angeschlossen habe. Der Abg. v. Kardorff ignoriere offenkundige Thatsachen; selbst in Frankreich habe man im vergangenen Jahre eine Kommission eingesetzt, die nach den Ursachen des Nothstandes forschen sollte. In Schweden, Norwegen, der Schweiz habe man sich ebenfalls sehr eingehend mit der Krisis beschäftigt. Uebrigens seien solche Krisen auch nichts Neues in Europa; dieselben seien zu Zeiten des Freihandels und zu Zeiten des Schutzzolls aufgetreten. Ihre Ursachen seien deshalb ganz wo anders zu suchen, als in der Wirtschaftspolitik. Der Vortheil der Handelsverträge liege in der Gegenseitigkeit, wenn man solche abschleife, müsse man sich darüber klar sein, nach welchen Richtungen hin sich die Handelspolitik zu bewegen habe. Man habe leider den Einfluß unserer Eisenindustriellen unterschätzt und es sei deshalb nicht unwahrscheinlich, daß wir diesen Herren vorzugsweise den Umfchwung auf dem Wirtschaftsgebiete verdanken. Ein Novum sei namentlich der Getreidezoll, vor noch ganz kurzer Zeit hätte es kaum ein Redner gewagt, für denselben einzutreten. Die Sache habe sich in ganz kurzer Zeit vollzogen, wollte man der Logik des Herrn von Kardorff folgen, so müßte man dahin kommen, daß der ganze Verkehr überhaupt überflüssig sei. Der Herr Reichskanzler habe sich oft beklagt, daß wir ihm Schwierigkeiten in seiner Po-

litik machen. Er erkläre deshalb, daß das Alles unbegründet ist, seine Partei habe ihn stets Unterstützung gewährt, sie könne aber nicht dazu beitragen, daß das Reich in verderbliche Bahnen getrieben werde. (Beifall links.)

Während der Rede des Abg. Bamberger tritt der Reichskanzler in's Haus, ohne jedoch den Ausführungen des Redners besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Abg. Reichensperger (Krefeld) wird die Diskussion geschlossen.

Bei der Abstimmung über die geschäftliche Behandlung des Etats beschließt das Haus zuerst nach dem Antrage des Abg. Nieper Verweisung des Etats der Post- und Telegraphen-Verwaltung an eine besondere Kommission und sodann auf den Antrag des Abg. Ricker die Verweisung einer Reihe von Spezialakten an die Budget-Kommission.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Besetz betreffend die Disziplinargewalt des Reichstages über seine Mitglieder.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

*** Berlin, 1. März. Durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 5. Februar d. Js. wird erklärt, daß, nachdem die Kottbus-Schwielocher Eisenbahngesellschaft ihre Auflösung beschlossen hat, auf den Antrag der Gesellschaft zu dieser Auflösung und zur Einstellung des Betriebes auf der ihr koncessionirten Eisenbahn die landesherliche Genehmigung erteilt worden, mit der Maßgabe, daß die Einstellung des Betriebes nicht vor dem 1. April d. J. erfolge. Durch Kabinettsordre vom selben Tage wird der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung der Aktionäre vom 27. Juni 1876 die Genehmigung erteilt, die Ausdehnung ihres Unternehmens durch die Herstellung einer Verbindungsbahn zwischen den Bahnhöfen der Rheinischen und der Dortmund-Gronau-Einschder Eisenbahngesellschaft zu Dortmund, sowie auch die Herstellung etwa sich als zweckmäßig ergebender Anschlußbahnen von industriellen und gewerblichen Etablissements an diese Verbindungsbahn vornehmen zu können. Die Kabinettsordre giebt auch die näheren Bedingungen an, unter welchen diese Bauten erfolgen können.

Nach den unter Aufsicht des englischen Handelsamtes im Customhouse zu London bearbeiteten Accounts relating to trade and navigation of the United Kingdom betrug die Einfuhr der hauptsächlichsten britischen und irischen Fabrikate und Rohzeugnisse nach Deutschland im Jahre 1878 verglichen mit dem Vorjahr bei folgenden Artikeln ein Mehr: rohes Kupfer, rohes Zinn, Eisenbahnschienen (bei diesen ein Mehr von ca. 3 Millionen Mark), Dampfmaschinen und anderen Maschinen, Leinwand, Juteartikel, Seide, Halbfleidenwaaren, Wollengarn, wollene Tücher, Posamentenwaaren, Del und Samereien. Der Werth der Gesamtimporte betrug im Jahre 1877 286,978,560 M., im Jahre 1878 277,966,440 M., so daß das letztverflissene Jahr trotz der in den letzten Monaten erhöhten Einfuhr doch noch im Ganzen eine Abnahme von 9,012,120 M. zeigt. Dieses Minus ist namentlich herbeigeführt durch die Mindereinfuhr von Feinzeug, Kammwollengarn und Baumwollenwaaren.

Berlin, 1. März. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet über das zweite parlamentarische Diner beim Fürsten Bismarck:

Beim Reichskanzler Fürsten Bismarck fand gestern Nachmittag 5 Uhr ein parlamentarisches Diner statt, zu welchem die Präsidenten und Schriftführer des Reichstages, sowie einige Abgeordnete und Mitglieder des Kongresses für Steuer- und Wirtschaftsreformen eingeladen erhalten hatten. Nach aufgegebenem Diner entfernten sich die meisten der eingeladenen Gäste, darunter auch die Präsidenten v. Forderbed, Freiherr v. Stauffenberg und v. Bennigsen. Eine kleine Corona blieb noch zurück, die sich um den Reichskanzler bildete. Man kam auf die Zollpolitik zu sprechen und äußerte sich der Reichskanzler u. A. darüber: Die Zollpolitik sei mit der Medizin zu vergleichen, es gebe darin keine absolute Wissenschaft. Nur in der Chirurgie habe die medizinische Wissenschaft Erfolge aufzuweisen, die Pathologie sei vollständig stehen ge-

leben. Wenn ein Patient stirbt, so kenne der Arzt nach wenigen Tagen konsultierend zur Familie mit der Bemerkung, daß der Patient nach den Regeln der Wissenschaft noch zehn Jahre hätte gut leben können. So lassen sich auch in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft keine festen Normen und Gesetze aufstellen. Wäre es nach der Wissenschaft gegangen, so hätte Frankreich unmittelbar nach dem Kriege von 1870-71 verbluten müssen, während es umgeben glänzend prosperiert habe, so hätte es England und Deutschland, die beide heute unter der geschäftlichen Krise zu leiden haben, heute gut geben müssen. In dem Augenblicke, wo Amerika „die Klappe zsmachte“ und sich vom Freihandelsystem los sagte, sei es ihm besser gegangen. Es sei richtig, daß er früher sich um wirtschaftliche Fragen nicht gekümmert habe, er habe nichts zu antworten gewußt, wenn ihn Jemand um den Stand des schwedischen Eisens gefragt hätte. Es erinnere ihn das an einen Vorfall. Zu Rothschild sei ein Geschäftsfreund gekommen mit der Frage: „Wie ist Ihre Ansicht über schwedisches Eisen?“ Rothschild habe sich darauf sehr vernünftig an einen seiner Kommis gewandt mit der Frage: „Meyer, wie denke ich über schwedisches Eisen?“ Von dem Augenblicke ab, wo Delbrück ihn verlassen, sei er auf sich allein angewiesen gewesen. Er habe seitdem jede freie Stunde zum Studium der Volkswirtschaft benutzt und habe sich heute seine bestimmte feste Ansicht und Meinung gebildet, die in den Vorlesungen an den Reichstag zum Ausdruck gelangen werde; auch in der Volkswirtschaft gebe es keine feststehenden Normen. Ueber Delbrück meinte der Reichskanzler, daß dieser ein überaus erfahrener Mann, seine Natur aber eine zu gemäßigte sei, als daß er nicht, wenn er nicht aus dem Reichsdienst ausgetreten, sondern heute noch in demselben thätig wäre, wünschen sollte, daß die Verhältnisse heute anders sich gestalten wie damals, als er den deutsch-französischen Handelsvertrag 1865 abschloß. Damals waren die Freihandelslehren in der Zunahme begriffen, eute sei es umgekehrt, heute sei der Schutzzoll im Anwachsen. Delbrück sei seiner ganzen Stellung nach sehr geeignet, im Reichstage vermittelnd einzutreten, wenn nicht seine, des Reichskanzlers, Gegner, voran Eugen Richter, ihn reizten und versuchten, ihn an vergangene, unter anderen Umständen und Verhältnissen ausgesprochene Ansichten festzunageln. Auf die parlamentarischen Verhältnisse übergehend, meinte Bismarck, daß Richter ihn fortwährend angreife; dies rühre ihn nicht sehr, wie er sich denn auch vorgenommen, Richter auch nicht mehr zu antworten. Er, der Reichskanzler, müsse es sich gefallen lassen, wenn die Feinde auf ihn schießen, wozu thäte es ihm aber, wenn auch die Freunde auf ihn schößen. Es sei kein Grund für die parlamentarischen Verhältnisse, daß eine so große Anzahl von Abgeordneten immer wieder kämen, sie würden dadurch viel weniger Vertreter der öffentlichen Meinung, als vielmehr ihrer eigenen Meinung und Interessen. Es sei durchaus wünschenswert, wenn die Berufsabgeordneten weniger zahlreich aufträten und mehr durch frisches Blut ersetzt würden.

Bismarck ließ sich noch über die Pest aus. Aus Rußland lauteten die offiziellen Nachrichten günstig, indessen seien andere Kreise dort sehr ängstlich. Er könnte jeden Augenblick die Grenzsperr verfügen, eine solche würde aber unter allen Umständen schwere materielle Schäden im Gefolge haben; er sei auf den allergeringsten Ladel in der Öffentlichkeit gefaßt, indessen er befände sich in der schwierigsten Situation von der Welt. Wenn er jetzt die Grenzsperr deklarierte und es träte keine Gefahr ein, so würde es heißen, die Regierung thue zu viel; wenn er sich dazu verstände, den offiziellen Mitteilungen ausschließlich Glauben zu schenken und danach verfähre, und es würden sich neue Pestfälle zeigen, so würde man wieder sagen, der Reichskanzler thäte zu wenig. — Gegen 9 Uhr Abends trennte sich die Gesellschaft.

Prinz Karl feiert morgen sein 25jähriges Jubiläum als General-Feldzeugmeister der Armee. Zur Feier des Tages findet Nachmittags bei demselben ein militärisches Diner statt, an welchem auch der Kaiser und die königlichen Prinzen Theil nehmen werden.

Im Reichsgesundheitsamt sind alle Vorgehen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen abgeschlossen, welche sich auf die Einsetzung einer internationalen Seuchenkommission beziehen. Inwiefern war es der Reichsregierung gewiß nicht unerwünscht, auch aus dem Schoße des Reichstages eine neue Anregung zum Vorgehen in dieser Richtung zu erhalten. Es darf als feststehend angesehen werden, daß der Ausbruch der Pestepidemie und die gemeinsamen Schritte verschiedener europäischer Staaten zum Zwecke der Ergreifung von Vorkehrungsmaßnahmen in erheblicher Weise dazu beitragen werden, die Bedenken zu heben, welche bisher den bezüglichen Absichten entgegengestanden haben. Die Kommission von Sachmännern, welche unter Bethätigung sämtlicher preussischer Ministerial-Resorts zur Ermägung von Abwehrmaßnahmen gegen die Verbreitung der Pest eingesetzt worden, hat heute wieder eine Sitzung abgehalten, welche sich auf einen gegenseitigen Meinungsaustausch und die von außen eingegangenen Nachrichten über das Auftreten von Pest-Krankheitsfällen in Rußland bezogen hat. Man hört, daß thatsächlich die Nachrichten beruhigend lauten, hat aber Seitens der Kommission alle Vorbereitungen vollendet, um die zu Wien getroffenen Vereinbarungen in jedem Augenblicke, in welchem es angezeigt erscheint, ausführen zu können. — Die Arbeiten der Zolltarifkommission gehen schneller vorwärts als im Reichstage erwartet wurde. Nichts desto weniger hält man es für schwer erreichbar, daß die Resultate der Kommissionsberatungen vor Ostern an den Reichstag gelangen

Die Debatten über die Abänderung des Zolltarifs sind an sich geeignet, eine ganze Session auszufüllen zu beschäftigen; man ist daher gespannt auf den Ausweg, den man ermitteln möchte, um in dieser Session zu irgend welchem Abschluß zu gelangen.

Sonntag und Montag treten sämtliche Fraktionen des Reichstages in Beratung, um sich über den Entwurf betreffend die Disziplinargewalt des Reichstages schlüssig zu machen. In den Fraktionen der Deutsch-Konservativen und der deutschen Reichspartei herrscht Neigung, positive Gegenvorschläge zu machen, welche eine verschärfte Disziplin und deren Handhabung durch den Präsidenten in das Auge fassen. Indessen gehen auch innerhalb dieser Fraktionen die Absichten über den Inhalt und den Umfang etwa zu stellender Anträge noch ziemlich auseinander.

Ausland.

Paris, 1. März. Die durch den vorgelegten Börsensandal entstandene Aufregung dauert fort. Ein großer Theil der Deputirten ist über Say aufgebracht. Emil de Girardin verweigerte demselben sogar gestern in den Couloirs der Kammer die Hand. Auch Marcere beschäftigt die öffentliche Meinung noch in hohem Grade. Das late Centreum mißbilligt die von dem Minister gemachten Konstitutionen, da seine Stellung dadurch noch verwickelter geworden sei. Morgen wird dasselbe eine Versammlung halten, um zu berathen, welche Haltung es in dieser Frage annehmen wolle. Das Verbleiben Marcere's im Amt wird unmöglich, falls er den Angriffen der Lanterne gegenüber nichts thut. Unter den höheren Polizeibeamten, welche ihrer Stellen entsetzt werden sollen, befinden sich auch mehrere Polizeikommissare von Paris.

Dem Amnestiegesetz stimmte gestern die ganze Linke zu, mit Ausnahme von 11 Mitgliedern des linken Centreums, Fraktion Dufaure-Beauger, die sich der Abstimmung enthielt; 32 Mitglieder der Rechten, Bonapartisten und die sogenannten Konstitutionellen, mit Audiffret-Pasquier an der Spitze, stimmten ebenfalls nicht.

General Fleury welcher sich nach London begeben wollte, um vom „kaiserlichen Prinzen“ Abschied zu nehmen, erhielt in Calais vom Polizeikommissar einen Befehl des Kriegsministers, der ihn aufforderte, sofort nach Paris zurückzukehren. Der Kriegsminister hatte angenommen, der General wolle den Prinzen zu den Zulus begleiten. De Bourgoing wird den Prinzen als Adjutant begleiten.

Provinzielles.

Stettin, 3. März. In Gemäßheit der Vorschrift im § 3 der kaiserlichen Verordnung vom 2. v. M., nach welcher jeder aus Rußland kommende Reisende verpflichtet ist, beim Eintritte über die Reichsgrenze bezuße Befragung der Bitterreise seinen Paß der diesseitigen Grenzbehörde zur Bifurkation vorzulegen, sind in der Provinz P o m e r n nachstehende Behörden mit der Befragung der aus Rußland kommenden Reisenden beauftragt worden: die königliche Schifffahrts-Kommission zu Swinemünde, die königlichen Hauptämter in Colbergermünde, Mügenwalde und Stolpmünde, die Polizei-Direktion Stralsund, der Magistrat in Greifswald, der Magistrat in Wolgast und der Magistrat in Barth.

Dem bisherigen Kommandeur des 6. pommerschen Inf.-Regis. Nr. 49, Obersten z. D. B l e i b t r e u, ist der Kronenorden 2. Klasse verliehen.

Der Kreisgerichtsrath S c h m i d t in S o l l n o w ist an das hiesige Kreisgericht versetzt.

Nach den Bestimmungen des Jagdgesetzes vom 26. Februar 1870 dürfen in diesem Monat nur geschossen werden: Auer-, Birk- und Fasanehähen, Enten, Trappen, Schnepfen, Sumpfs- und Wasservögel. Dagegen ist alles übrige Wild, für welches das Jagdgeset die Schonzeiten festsetzt, in diesem Monat mit der Jagd zu verschonen.

Der „Patriotische Kriegerverein“ hatte sich gestern Vormittag zu einer erusten, erhebenden Feier im Wolff's Saal vereinigt, es galt eine Todtenfeier für den am das Vaterland hochverdienten Feldmarschall Grafen v. R o o n. Außer den Vereinsmitgliedern hatten sich zahlreiche Freunde und Ehrengäste eingefunden, unter Letzteren bemerkten wir die Herren Stadtkommandanten Crell n z v. Fehrentheil, Landrath von Manteuffel, Polizeirath Mannkopff, Major v. Neefe, Oberst Bauer u. A. m. Nach dem die Kapelle des Königs-Regiments die Feier mit dem Chopin'schen Trauermarsch eingeleitet, betrat Herr Divisions-Farree G e h r k e die mit der Spitze des Verstorbenen gezierter Rednerbühne und sprach etwa Folgendes: Kameraden! Wir sind heute zu einer Todtenfeier hier vereinigt für den Edelsten und Braußen, der je in unserer Mitte gelebt. Wenn durch alle Gauen unseres Vaterlandes über den Tod des Feldmarschall Grafen v. Roon sich Schmerz und tiefes Weh verbreitet, so sind wir es vor Allem, welche dieser Tod besonders schmerzlich berührt, denn im Bommernlande hat die Wiege des Lapferen gefunden und in der nächsten Nähe von Stettin hat derselbe seine Jugendzeit verlebt. Redner entwirft sodann ein kurzes Lebensbild des Verstorbenen und fährt dann fort: Die Worte fehlen, den Inhalt der sieben Jahrzehnte des Lebens des Verstorbenen zu erzählen. Von den vielen Eigenschaften desselben ist besonders die rechte Mannestruer hervorzuheben; diese rechte deutsche Treue hat der Verstorbene durch sein ganzes Leben bewahrt und sich stets als ganzer, voller Mann gezeigt. Besonders hat sich dies gezeigt in der Treue zu seinem Kaiser und Herrscher, der ihn in schwerer Zeit als Rathgeber zu sich berief und wie selten einer hat es der Ver-

storbene verstanden, sich in die Gedanken seines Kaisers zu versenken, um mit diesem mitzuwirken zum Wohl und Ruhme des Vaterlandes. Der Dank des Vaterlandes dafür, daß es zu seiner jetzigen Höhe gelangt ist, gebührt nächst Gott und unserm Kaiser auch dem Verstorbenen. Aber wie er treu zu seinem Kaiser stand, so stand er auch treu zu seinem Gott, kein Sonntag verging, wo er nicht Zeit gefunden hätte, in der Kirche seinen Gott für alle die vielen Wohlthaten zu danken. Kameraden! Welche Gefühle müssen unseren geliebten Heldenkaiser beherrscht haben, als er seinen treuen Freund und Rathgeber dahinscheiden sah, wenn er sieht, wie einer nach dem andern von seinen alten Getreuen dahingeht. Lassen Sie uns auch hier die Hände zum Gebet erheben, daß der allmächtige Gott auch diese Schicksalsschläge an unserem Kaiser in Gnaden vorübergehen lasse. Wir aber, Kameraden, nehmen uns ein Vorbild an dem Leben des Verstorbenen, daß auch wir uns in den Stürmen unserer Zeit, welche nach mancher Seite hin eine gewissenlose ist, die rechte, wahre, deutsche Mannestruer bewahren, daß auch dereinst bei unserem Todtenlager, wie bei dem jetzt Verstorbenen, gesagt werden kann: der da ruht, der ist mit Viel, ja Alles hienieden gewesen! — Hierauf ergriff noch das Wort Sr. Excellenz v. F e h r e n t h e i l: „Patriotische Männer, der beste Patriot ist dahingegangener, der beste Patriot, trotz jedem Anderen, der es besser sein will, seine Treue basirt auf Gottesfurcht und Goitvertrauen, denn jede andere Treue, welche nicht auf so festen Grund gebaut ist, wird locker und jeder Wind kann sie zum Schwanken bringen. Zur Erinnerung an den Verstorbenen grabe sich Jeder diese Treue ins Herz hinein und lebe darnach. Ehren Sie das Andenken an den Verstorbenen, indem Sie die Kopfbedeckungen abnehmen.“ Nach diesen echten preussischen Soldatenworten trennte sich die Versammlung.

Am Montag, den 3. d. Mts., tagt im großen Saale des alten Rathhauses eine Versammlung der Delegirten sämtlicher Schützenvereine Pommerns, um einen pommerschen Provinzial-Schützenbund zu gründen und das Statut zu berathen und festzustellen.

Greifswald, 1. März. Bei der heute stattgehabten Wahl des Rektors unserer Universität für das erste Studienjahr wurde Herr Prof. Dr. F a e b e r l i n mit großer Majorität gewählt.

Belgard, 1. März. Bei einem Gastwirth hier selbst war an einem der jüngst vergangenen Abende eine gemütliche Gesellschaft beisammen und bezogte neben einem guten Schoppen Bier recht viel Wurf. Des andern Tages erkrankten 18 Personen und es stellte sich durch die Untersuchung des Kreisphysikus R. und des Apothekers M. heraus, daß die Wurf trichinös war. Glücklich Weise ist das Leben keines der Erkrankten gefährdet.

Stolz, 1. März. In der heutigen Schwurgerichtssitzung, bei welcher die Deffentlichkeit ausgeschlossen war, ist die des Kindesmordes (durch Verbrennen) angeklagte Frau v. d. O l s e n freigesprochen worden.

Bemerktes.

Professor Klinkers in Göttingen, welcher in dem „Hann. Kurier“ Witterungsberichte (für den kommenden Tag) veröffentlicht, bezeichnete dieser Tage die wahrscheinliche Temperatur: „Um Null herum; theilweise klar.“ Einem Leser giebt diese Bezeichnung Anlaß zu folgenden Versen:

„Um Null herum, theilweise klar.“
Hab' Dank für Deinen Morgenruf,
Mein hochverehrter Klinkers!
Ich seh' Dein lächelndes Gesicht
Beim heut'gen Witterungsbericht;
Begierig lauscht das Publikum —
„Theilweise klar — um Null herum.“ —
Um Null herum! Welch' tiefer Sinn
Bohnt diesen dreien Worten in!
Liegt doch ein stiller Weisheitshauch
Verborgnen in dem kurzen Satz!
Nachdenklich liest man ihn und stumm —
„Theilweise klar — um Null herum!“
Was droben in des Himmels Höh'n
Den Sternen Du hast abgeseh'n,
Was Du erlauchst, gefühlt, erdacht,
Das hast Du stets bekannt gemacht.
Doch niemals sprichst Du — wo's auch sei —
So klar, so deutlich und so frei,
So unverföhren um und um —
Theilweise klar, um Null herum!
Um Null herum! Ja, Du hast Recht!
Es geht hienieden herzlich schlecht —
Es dreht die ganze Welt sich stumm
Ja lange schon — um Null herum!
— Ein tiefer Eindruck. Also der geistreiche Herr v. Hode war vier Wochen lang bei Ihnen auf Besuch? Nun, der wird einen tiefen Eindruck auf Sie gemacht haben.

Auf mich gerad nicht, aber auf unser Sopha; da schauen Sie einmal her, wie mir's der zusammengedrückt hat

Ein junges lustiges Mädchen wollte einen alten Gelehrten, den sie für einen Bedanten hielt, weil er keine Pfänder mitgespielt hatte, necken. Sie fragte ihn deshalb, ob er sich getraue, zehn Minuten auf einem Bein zu stehen? Mein Fräulein, sagte er, Sie thun wohl, daß sie daran zweifeln, denn ich habe es bis jetzt für sehr albern gehalten, mit Gänzen mich in einen Wettstreit einzulassen.

Ein sehr drolliger Vorfall wird aus Neugensburg gemeldet. Der passive Held desselben ist der Freiherr v. Reichlin-Meldeg, Hofkavalier der Prinzessin Helene von Thurn und Taxis und angeblicher Erfinder (ebenfalls Vertreter) des geflügelten Wortes: „Der Mensch fängt erst beim Ba-

von an“. Der Freiherr ging mit seinem Sohne spazieren, als ihm ein Gymnast begegnete, dem der Erker mit Strafenstoß besprigte, worauf ihm der Schüler einige Derbheiten sagte. Zornig fragte der Freiherr den Gymnasten: „Kennst Du mich?“ — „D ja,“ antwortete dieser, „Sie sind der tatarische Hofnar.“ Baron Reichlin klagte hierauf bei dem Rektor, aber auch hier blieb der Gymnast bei seiner Behauptung und begründete diese auf das Wei so? des Rektors damit, daß er sagte: „Weil Herr v. Reichlin am Frohnleichnamstage einen rathen Rod mit weißer Weste getragen hat.“ Schallendes Gelächter.

Gute Ausrede Richter: Angeklagter Raupenteufel, Sie geben also zu, mit dem Kläger in einen Streit verwickelt gewesen zu sein?

Raupenteufel: Das wohl, aber er hat angefangen.

Richter: Sie sind beschuldigt, den Kläger während dieses Streites unter Anderem einen Spitzbuben, einen Hallunken, einen Lump genannt zu haben.

Raupenteufel: So! davon weiß ich gar nichts, das muß ich ganz überhört haben.

Literarisches.

Illustrirte Weltgeschichte. Unter besonderer Berücksichtigung der Kulturgeschichte neu bearbeitet und bis zur Gegenwart fortgeführt von Otto von Corvin. Mitherausgegeben von L. F. Dieffenbach. Prachtausgabe in acht Bänden zu je 16-18 Lieferungen à 50 Pf. oder in 22-24 Dreimark-Lieferungen à 3 M. Mit 2000 Abbildungen, 40 bis 50 Tafeln, Karten u. Leipzig, bei Otto Spamer.

Der Verfasser des ersten Bandes, Otto von Corvin, giebt in den sieben erschienenen Lieferungen 5, 6 und 7 der Illustrirten Weltgeschichte eine Darstellung der Geschichte Mittelasiens, Assyriens, Phöniciens, Lybiens, sowie des israelitischen Volkes. Er hat allerwärts mit großer Sorgfalt die neuesten Quellen benutzt und sich bemüht, diese kurzen Geschichtsperioden dem Leser anmuthig und farbenreich erscheinen zu lassen. Unter den Illustrationen erwähnen wir ein höchst charakteristisch ausgeführtes Bild von Hermann Bogel: Rückzug der Jehntausend unter Xenophon, sowie ein weiteres Bild desselben Künstlers: Fucht der Perjer in der Schlacht von Marathon. Noch zahlreiche andere, ebenfalls von hervorragenden Zeichnern herrührende Illustrationen schmücken die neuerdings erschienenen Lieferungen des Werkes, dessen Popularität kaum zu bezweifeln sein dürfte.

Telegraphische Depeschen.

Braunschweig, 1. März. Serienzählung der Braunschweiger 20 Thalerloose. 530 605 617 690 715 899 1021 1143 1330 1494 1508 2191 2503 2752 2768 2846 3466 3587 3719 3879 4923 4972 5347 5785 5817 6484 6663 7471 7852 8427 8457 8467 9267 9328 9697 9939.

Meiningen, 1. März. Serienzählung der Meiningen 7 Guldenloose. 171 296 988 1364 1415 1524 1544 2257 2368 2408 2731 2826 2954 3016 3137 3222 3628 3950 4009 4546 4854 4988 4993 5220 5363 6049 6294 6907 6929 7070 7527 7888 7933 7972 8142 8186 8292 8910 9218 9778.

Darmstadt, 1. März. Der Großherzog trifft mit seinen Kindern und dem Prinzen Leopold von England heute Abend 8 Uhr 40 Min. aus England hier ein.

Berlins, 1. März. Deputirtenkammer. Der Deputirte Lisbonne richtete an den Minister des Innern, Marcere, eine Anfrage über den Grund der Unterbrechung der Untersuchung in Betreff der Verhältnisse auf der Polizeipräfectur und verlangte namentlich Auskunft über die Entschuldigungen des Ministers. Der Minister antwortete, indem er zunächst dem Deputirten Lisbonne seinen Dank dafür aussprach, daß er ihm Gelegenheit geboten habe, Aufklärung zu geben. Sodann gab der Minister eine Darstellung der auf die Polizeipräfectur bezüglichen Thatsachen und hob besonders hervor, daß die Polizeipräfectur seit ihrer Reorganisation durch Thiers durchaus ihre Schuldigkeit gethan und jeder Störung der öffentlichen Ordnung vorgebeugt habe. (Beifall im Centrum. Schweigen auf der Linken.) Im weiteren Fortgange seiner Rede sprach sich der Minister sehr mißbilligend über den Feldzug aus, den man mit unverständlichen Mitteln gegen die Polizei unternommen habe und protestirte mit großer Entschiedenheit gegen die Verleumdungen, welche man gegen ihn persönlich gerichtet habe, indem man ihn compromittirender Handlungen bei Finanzgeschäften beschuldige. (Beifall im Centrum.) Der Minister verwies auf seine Vergangenheit, welche ganz dem Lande und der Republik gewidmet gewesen sei und rathete schließlich an die Kammer das Gesuchen, die vorliegende Anfrage in eine Interpellation umzuformen und ihn die Ansicht der Kammer erkennen zu lassen. Der Deputirte Clemenceau (radikal) beantragte darauf die Umformung der Anfrage Lisbonne's in eine Interpellation und die Berathung derselben am nächsten Montag auf die Tagesordnung zu stellen. Der Minister Marcere verlangte die sofortige Einbringung der Interpellation. Die Kammer entschied sich für Montag.

London, 1. März. Nach hier eingegangener Meldung hat der Bieckönig von Indien ein Schreiben Jacob Khans vom 26. v. Mts. erhalten, in welchem dieser den Tod Ait's anzeigt.

Tirnowa, 28. Februar. Die Kommission zur Prüfung der Anträge der Delegirten Ost-Rumeliens hat einstimmig den Vorschlag, ein Memorandum an die europäischen Mächte zu richten, angenommen.